Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

tier ärzte wonsees

NEWSLETTER

03.09.2022

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

ITW: Knallhartkritik an der Tierhaltungskennzeichnung, 29.08.2022

Ungewohnt deutliche Kritik übt die Trägergesellschaft der Initiative Tierwohl (ITW) am Referentenentwurf zum geplanten Tierhaltungskennzeichnungsgesetz (TierHaltKennzG). Den Entwurf hatte das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) Mitte August den Fachverbänden zur Stellungnahme vorgelegt. Der Referentenentwurf ist aus Sicht der ITW fachlich unausgegoren, in weiten Teilen lückenhaft, bürokratisch und überflüssig, heißt in der Stellungnahme, die top agrar vorliegt.

Die Kritikpunkte der ITW im Einzelnen:

- Das geplante Gesetz ist lückenhaft und fachlich unausgereift, weil es nur einen kleinen Teilbereich des Marktes für Schweinefleisch berücksichtigt. Laut Entwurf soll mit der Kennzeichnung nur frisches Fleisch vom Mastschwein erfasst werden. Zudem bezieht sich der Vorschlag des BMEL nur auf Ware, die der Lebensmitteleinzelhandel, Fleischerfachgeschäfte, Wochenmärkte und der Onlinehandel absetzen und er berücksichtigt nur inländische Produkte.
- Der Entwurf ist eine Mogelpackung, weil die Sauenhaltung und die Ferkelaufzucht sowie die anderen Tierarten wie etwa Geflügel und Rind keine Berücksichtigung im Gesetz finden. Es darf nicht unklar bleiben, welche Anforderungen für Sauen und Ferkel sowie andere Tierarten gelten.
- Der Entwurf wird nach Ansicht der ITW schwere strukturelle Schäden in der Schweinehaltung auslösen. Denn sollte das geplante Gesetz so umgesetzt werden, wird es zu einer Marktverschiebung weg von Schweinefleisch (mit Kennzeichnung) hin zu Geflügelfleisch (ohne Kennzeichnung) kommen.
- Kritik gibt es für die unzureichende Kennzeichnungspflicht. So berücksichtigt der Entwurf keine verarbeitete Ware (Fleischwaren, Wurst usw.) sowie zubereitete Waren etwa durch gastronomische Einrichtungen. Damit blieben rund zweidrittel des Absatzes von Schweinefleisch aus Deutschland kennzeichnungsfrei.
- Der ITW fehlen Vorschläge zur Finanzierung höherer Haltungsstufen. Hier schweigt sich der Referentenentwurf aus, heißt es in der ITW-Stellungnahme wörtlich. Ebenso fehlen Antworten auf die Frage, wie die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Baurecht, Immissionsschutzrecht usw.) geschaffen werden können.
- Die ITW befürchtet deutliche Rückschritte beim Tierwohl, weil der Entwurf dazu führt, dass der Mehrkostenaufwand für die Landwirte zu hoch ausfällt und das Papier keine Antworten auf den Mehrkostenausgleich gibt. Laut ITW wird es bei der Einführung des TierHaltKennzG in der jetzt geplanten Form dazu kommen, dass sich wieder mehr Landwirte für den gesetzlichen Mindeststandard entscheiden.
- Die Gefahr eines „Kennzeichnungs-Flickenteppichs“ befürchtet die Trägergesellschaft aufgrund der Tatsache, dass nur inländische Ware einer Kennzeichnungspflicht unterworfen werden soll. Für ausländische Ware tierischer Herkunft soll es eine freiwillige Kennzeichnung geben. Zwar könnte der Handel eine Kennzeichnung ausländischer Ware einfordern, nach Ansicht der ITW hätte er daran aber gar kein Interesse.
- Für unausgegoren hält die ITW die Vorschläge zur Überwachung und Kontrolle der Vorgaben. Außerhalb Deutschlands wären Kontrollen mangels hoheitlicher Befugnisse und des fehlenden Durchsetzungsrechts gar nicht möglich. Ein weiteres Problem sei, dass die Angaben von ausländischen Betrieben zu Bauplänen, Platzvorgaben usw. nicht auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft werden können. Auch die Frage der Sanktionierung ausländischer Betriebe beantwortet der Entwurf nicht. Der Gesetzesentwurf stellt somit eine extreme Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der deutschen Bauern dar.
- Die ITW hält den Vorschlag für ein bürokratisches Monster. So führen die Anzeigepflicht, die Pflicht zur Änderungsanzeige, die Aufzeichnungspflichten, die Führung von Registern usw. für die landwirtschaftlichen Betriebe und die zuständigen Behörden zu einem sehr hohen bürokratischen Aufwand. Dafür müssten hunderte neue Stellen geschaffen werden. Aufwand und Nutzen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis, heißt es in der Stellungnahme. Darüber hinaus seien die Angaben zum Erfüllungsaufwand in keiner Weise nachvollziehbar. Die Kosten für Wirtschaft und Verwaltung auf Bund- und Länderebene seien nicht im Ansatz realistisch erfasst.
- Kritik übt die ITW auch an der Begründung des Referentenentwurfs. Sie hält den Entwurf für einen Ausdruck des politischen Willens, der sich über Marktmechanismen hinwegsetzt und das von der Wirtschaft entwickelte und mittlerweile bewährte System der Haltungsformstufen verdrängen könnte. Ein Zusatznutzen für den Verbraucher sei nicht erkennbar.

Quelle: topagrar.com

Beringmeier zu ASP: „Was die EU mit uns macht, grenzt an Willkür“, 30.08.2022

DBV-Veredelungspräsident Hubertus Beringmeier ist sauer. „Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass die EU-Kommission den deutschen Antrag auf Fristverkürzung abgelehnt hat. Das grenzt an Willkür, wie in Brüssel gearbeitet und entschieden wird. Deutschland hat nach jedem ASP-Ausbruch alles dafür getan, dass sich die Seuche nicht weiter ausbreitet. Wir haben es bei allen Ausbrüchen in Hausschweinebeständen nachweislich nur mit Punkteinträgen zu tun. Das zeigt, dass unsere Maßnahmen greifen. Warum will man das in Brüssel nicht wahrhaben?“, erklärt Beringmeier gegenüber top agrar.

Fristverkürzung für die ASP-Sperrzone abgelehnt - Sperrfrist bis 14. Oktober: Ernüchterndes Signal aus Brüssel. Die EU-Kommission akzeptiert keine Fristverkürzung für die ASP-Sperrzone. Sie hält die Ausbruchsgefahr in Deutschland unvermindert hoch.

Der Landwirt und WLV-Präsident fordert umgehend Vermarktungslösungen für die mehr als 30.000 überschweren Schweine und Ferkel. Er sieht dabei zuallererst die Politik in der Pflicht und fordert ein Ende des Schwarze-Peter-Spiels, bei dem jeder die Verantwortung weiterschiebt. „Weil die Politik versagt, steuern wir beim Tierschutz auf eine Vollkatastrophe zu. Bald bleibt uns keine andere Möglichkeit mehr als die Ferkel und Mastschweine not zu töten. Das kostet den Steuerzahler nicht nur Millionen von Euro. Auch das mediale Echo wird verheerend sein, wenn wir nachweislich gesunde Tier töten müssen“, befürchtet Beringmeier.

Polen: Staat verpflichtet LEH zur Abnahmen von Fleisch: Aus seiner Sicht muss sich Deutschland ein Beispiel an Polen nehmen. Dort hat der Staat den Lebensmitteleinzelhandel verpflichtet, Fleisch aus den ASP-Gebieten zu verarbeiten und zu vermarkten. Seitdem ist die Diskussion, wohin mit dem Fleisch, im Nachbarland zu Ende. „Warum ist das bei uns nicht möglich? Warum sitzen hier nur Bedenkenträger? Warum kuscht die Politik vor dem LEH?“, nimmt Beringmeier den Bund und die niedersächsische Landesregierung in die Pflicht, endlich Vermarktungswege aufzuzeigen und finanzielle Hilfen auf den Weg zu bringen. „Es kann nicht sein, dass der Staat immer nur Verbote erlässt, die Bauern aber finanziell ruiniert“, so Beringmeier.

Quelle: topagrar.com

NABU will Rückbau von ASP-Zäunen – Tierhalter an Ausbreitung Schuld, 02.09.2022

Der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) setzt sich für einen Rückbau der Schutzzäune gegen die Verbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) durch Wildschweine ein. Für die ASP-Fälle in Hausschweinbeständen seien die Menschen beziehungsweise die Tierhalter verantwortlich. Nach Ansicht der Naturschutzorganisation seien die Schutzzäune für ihren eigentlichen Zweck wirkungslos. Einen Effekt gebe es nur für Wildtiere, für die die ASP-Zäune ökologische Barrieren darstellten.

Daher fordert der Nabu einen sofortigen Rückbau der großräumigen und langfristig angelegten Zäunungen. Für die Bekämpfung der ASP müsse eine wissenschaftliche Lösung gefunden werden. Aktuelle bestehe die Lösung aus Sicht der Organisation in der Früherkennung und in Kontrollen zur Einhaltung der Hygieneverordnung in den Betrieben. Denn für die Ausbreitung der ASP sei nicht das Wildschwein, sondern der Mensch Schuld. Bei der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) stößt die Forderung des Nabu auf Unverständnis.

Nabu: Betriebe müssen Biosicherheit einhalten: Der Nabu bezieht sich vor allem auf die 1.000 Kilometer langen ASP-Zäune, die seit 2020 entlang der Oder und Neiße errichtet wurden und auf mehrere Jahre angelegt seien. Schon seit 2014, als die ASP im baltischen Raum sowie in Tschechien und Polen auftrat, herrsche in der deutschen Landwirtschaft Unruhe, weil es seither Rückschläge beim „Exporthandel mit billigem Schweinefleisch“ gegeben habe.

Wegen erheblicher Schäden für Natur, Tier und Artenvielfalt seien die Zäune als Bekämpfungsmaßnahme nicht verhältnismäßig. „Das Wildschwein darf nicht länger Sündenbock für eine einseitige Agrarpolitik sein“, argumentiert der Nabu.

Stattdessen müssten in den Veterinärämtern die Kapazitäten erhöht und dabei der Fokus auf die menschlichen Eintrags- und Übertragungspfade gelegt werden. Unter Einhaltung der Biosicherheitsstandards spiele das Wildschwein kaum eine Rolle, schließlich gehe das Risiko fast ausschließlich vom Menschen aus. „Die Verantwortung für die seuchenhygienische Absicherung liegt vor allem bei den Betrieben, nicht bei der Allgemeinheit“, heißt es.

ISN: Nabu verdreht die Tatsachen: Für die ISN sind die Aussagen des Nabu „nicht nachvollziehbar und völlig praxisfremd“. Zwar seien die ASP-Zäune kein Allheilmittel, doch spielten sie bei der Bekämpfung der ASP eine wichtige Rolle. Die Seuchenherde bei Wildschweinen einzuzäunen, sei ein effektives Mittel, um die Ausbreitung des hochansteckenden Virus nicht nur unter Haus-, sondern auch unter Wildschweinen zu verhindern. Deshalb sei der Bau von ASP-Zäunen auch im Sinne des Tierschutzes.

„Der NABU verdreht die Tatsachen, wenn er die Allgemeinheit bei der Vermeidung der ASP-Verbreitung aus der Verantwortung entlässt“, so die ISN. Schweinehalter, Jäger, Behörden und auch die Allgemeinheit müssten an einem Strang ziehen, um die ASP zu bekämpfen. Konkret gehörten dazu neben dem strikten Einhalten von Biosicherheitsmaßnahmen auch das vermehrte Jagen von Wildschweinen und die Fallwildsuche sowie die Aufklärung der Bevölkerung.

Quelle: agrarheute.com

Deutsche sparen lieber bei Lebensmitteln als beim Auto, 02.09.2022

Bei vielen Verbrauchern macht sich die Krisensituation besonders im Geldbeutel bemerkbar: Im Durchschnitt fehlen den Deutschen am Monatsende 177 Euro an Budget. Das wirkt sich auch auf das Einkaufsverhalten der Verbraucher aus, wie eine repräsentative Umfrage von Yougov im Auftrag von Ebay zeigt.

Wie Yougov für Ebay herausgefunden hat, fehlen etwa jedem zehnten Befragten (11 Prozent) bis zu 100 Euro im Monat, jedem Fünften (20 Prozent) 101 bis 200 Euro. Bei 6 Prozent der Befragten fehlen sogar über 500 Euro. Die Deutschen haben demnach am Monatsende eine Lücke von durchschnittlich 177 Euro. Für die repräsentative Studie wurden vom 19. bis 22. August 2022 2082 Personen online befragt.

Weniger Spontankäufe, weniger Markenprodukte – und verstärkten Fokus auf Rabattaktionen. Fast drei Viertel (74 Prozent) der Deutschen geht der Befragung zufolge sparsamer mit Geld um. 70 Prozent der Verbraucher kaufen mit Zurückhaltung, 38 Prozent achten darauf, nur notwendige Mengen zu kaufen. 16 Prozent der Befragten kaufen eigenen Angaben zufolge sogar mehr als in den Vorjahren, da sie mit weiteren Preissteigerungen rechnen.

Meiste Abstriche bei Kleidung und Lebensmitteln: 64 Prozent der Verbraucher gaben an, ihr Einkaufsverhalten in diesem Jahr im Vorjahresvergleich geändert zu haben. Während nur jeder Zehnte auf die Mobilität mit dem Auto verzichten möchte (11 Prozent), wird laut den Studienergebnissen vor allem in den Bereichen Kleidung (23 Prozent), Lebensmittel (18 Prozent), Urlaub (16 Prozent) sowie Haushalt und Freizeitgestaltung (14 Prozent) gespart. Im Bereich Wohnen und Sport sind hingegen nur 7 Prozent der Befragten bereit zu sparen.

Gespart wird laut der Studie bei fast der Hälfte (48 Prozent) der Befragten an vielen Ecken und Enden. So versuchten viele Menschen nach eigenem Bekunden, Spontankäufe zu vermeiden (47 Prozent). 42 Prozent der Befragten geben an, insgesamt preiswerter einzukaufen. 33 Prozent der Befragten ersetzen teure Markenprodukte durch günstigere Handelsmarken und 29 Prozent geben an, weniger Produkte zu kaufen und sich im Konsum insgesamt einzuschränken.

Als konkrete Sparmaßnahme im Alltag nutzt mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Verbraucher Rabattaktionen. 42 Prozent nehmen an Cashback-, Treuepunkt- oder Gutscheinaktionen teil und 41 Prozent gehen lieber zum Discounter statt zum Supermarkt. Um Angebote zu vergleichen und den günstigsten Preis zu finden, nutzen 28 Prozent der Befragten Vergleichsportale.

Sparen an allen Ecken und Enden: Aber nicht nur beim Einkaufen werde versucht zu sparen, auch bei Alltagsaktivitäten wollen 60 Prozent der Sparenden auf ihren Energie- und Stromverbrauch im Alltag achten, und die Hälfte wolle sparsamer beim Wasserverbrauch sein. Zudem seien ein Viertel der Verbraucher bereit, den Kauf von gebrauchten oder generalüberholten Produkten in Betracht zu ziehen.

Quelle: fleischwirtschaft.de

ASP-Ausbruch in russischer Großanlage, 29.08.2022

Zum ersten Mal im laufenden Jahr ist in einem russischen Großbetrieb die Afrikanische Schweinepest (ASP) ausgebrochen. Dem internationalen Schweinefachmagazin Pig Progress zufolge sollen in der Region Kostroma drei zusammenhänge Betriebsstätten des Unternehmens Shuvalovo von dem Ausbruch betroffen sein. Rund 6.000 Tiere wurden demnach bereits gekeult. Darüber hinaus hat die russische Veterinärbehörde Rosselhazndadzor dem Schweinefleischproduzenten befohlen auch die Produktion in den bisher noch als ASP-frei geltenden Unternehmensstandorten in der Region einzustellen. Shuvalovo ist der größte Schweinehalter in der relativ veredlungsschwachen Region Kostroma und erzeugt pro Jahr rund 75.000 Schweine.

Angesichs des jüngsten ASP-Falls in einem Hausschweinebestand bewertet der Vorsitzende des russischen Verbandes der Schweinehalter, Yuri Kovalev, die aktuelle Seuchenlage als angespannt, aber unter Kontrolle. Die seit Jahresbeginn gezählten 80 ASP-Ausbrüche hätten sich auf kleine Hinterhofhaltungen und die Wildschweinepopulationen beschränkt. Dadurch hätte sich der nationale Schweinebestand gut entwickeln können und der inländische Fleischmarkt sei derzeit sehr gut versorgt, so Kovalev weiter.

Sergey Yushin, Leiter der Russian National Meat Association, schätzt die Lage ebenfalls stabiler ein als vor ein oder zwei Jahren. Allerdings bemängelte er, dass einige regionale Vertretungen des Veterinärdienstes es immer noch nicht geschafft haben, die notwendigen Biosicherheitsauflagen flächendeckend in den Schweinebetrieben durchzusetzen.

Quelle: susonline.de

Schweinepreise deutlich im Aufwind - Produktionskosten belasten jedoch stark, 02.09.2022

Wenn aus tiefen Bereichen ein Aufschwung zu verzeichnen ist, dann sieht dieser im ersten Moment zwar enorm aus. Aber hinter die Kulissen geblickt, reicht das Plus unter Vollkostengesichtspunkten nicht zum Überleben: So aktuell bei den Schweinehaltern.

„Gegenüber dem Jahrespreistief haben sich sowohl der Schweine- als auch der Ferkelpreis deutlich erhöht, doch die Schweinehalter und Ferkelerzeuger erleben aktuell eine Kostenentwicklung bei den Futtermitteln und vor allem beim Flüssiggas und Energie, die ihresgleichen suchen“, zu diesem Fazit kommt Dr. Albert Hortmann-Scholten in seinem Bericht beim Veredlungsausschuss im Landvolk Niedersachsen. Die exorbitante Gaspreiserhöhung wird vor allen Dingen den Sauenhaltern zusetzen. Die Produktionskosten steigen im laufenden Wirtschaftsjahr aufgrund der höheren Gas- und Stromkosten voraussichtlich zwischen 8 und 10 Euro je Ferkel.

Eine Preissteigerung um weit mehr als 200 Prozent. Schweine- und Geflügelmäster sowie Legehennenhalter werden ebenfalls erheblich massiv betroffen sein, denn ohne Heizung und Lüftung ist die Tiergesundheit gefährdet. Auch die Futtermittelpreisentwicklung macht laut Hortmann-Scholten auf den Höfen das Gros der Kosten aus. „Wer Futtermittel zukauft, spürt wie eng die wirtschaftliche Situation selbst bei einem besseren Schweinepreis von 2,05 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht ist“, erklärt der Bereichsleiter der Landwirtschaftskammer.

Nach den Rekorden vor gut zehn Jahren bei den Stückzahlen in 2010/2011 geschlachteter Schweine mit fast 60 Mio. Schweinen werden in 2022 nicht einmal mehr 48 Mio. in Deutschland geschlachtet. 2021 waren es noch fast 52 Mio. Schweine. „Das ist ein Minus von mindestens sieben Prozent“, führt Hortmann-Scholten aus. Der Grund liegt auch im Verzehr von Fleisch in der EU begründet. Lag der EU-Durchschnitt 2019 noch bei 69 Kilogramm pro Kopf, so ist er für 2021 um zwei Kilogramm auf 67 kg/Kopf gesunken. Die Deutschen verzehren nur noch 55 kg/Kopf und damit 12 Kilo weniger als der EU-Durchschnittsbürger.

„Deutschland ist Schlusslicht in der EU-Entwicklung. Nur in Rumänien und Bulgarien ist der Pro-Kopf-Verbrauch mit 54 bzw. 43 kg geringer“, führt Hortmann-Scholten aus. Spitzenreiter sind in der EU die Spanier, die Dänen und Portugiesen mit 85, 83 bzw. 81 kg/Kopf im Jahr 2021.

Und während Deutschland seinen Schweinebestand im November/Dezember 2021 um über neun Prozent auf 23,6 Mio. Stück reduzierte, hat Spanien seinen Bestand um gut fünf Prozent auf 34,5 Mio. Schweine erhöht. Inzwischen ist aber auch dort die Aufwärtsentwicklung aufgrund der in Spanien stark gestiegenen Futterkosten gestoppt. „Interessant dabei ist vor allem der Aspekt, dass 11 kg/Kopf Schweinefleisch nach Deutschland importiert werden. Damit werden zum einen die Qualitätsstandards unterlaufen, zum anderen zeigt es, dass Deutschland bei den Edelteilen des Schweines nur einen Selbstversorgungsgrad von 60 Prozent besitzt. Deshalb ist für die deutschen Schweinehalter die Herkunfts- und Haltungskennzeichnung so wichtig“, sagt Hortmann-Scholten abschließend.

Quelle: proplanta.de

Schweinefleischausfuhren der EU um ein Viertel gesunken, 28.08.2022

Die Schweinefleischexporteure in der Europäischen Union haben in der ersten Jahreshälfte 2022 spürbar weniger Ware am Weltmarkt absetzen können als im Vorjahreszeitraum und mussten zudem deutliche Erlöseinbußen hinnehmen. Wie aus vorläufigen Daten der EU-Kommission hervorgeht, war die Ausfuhrmenge einschließlich Nebenerzeugnissen gegenüber Januar bis Juni 2021 um 733.150 t oder 24,8 % auf 2,22 Mio. t rückläufig. Noch nicht enthalten ist darin der im bisherigen Jahresverlauf leicht gestiegene Handel mit dem Vereinigten Königreich, weil für Juni noch keine vollständigen Daten vorlagen.

Die Verkaufserlöse des Drittlandgeschäfts, ohne Großbritannien, fielen mit 5,07 Mrd. Euro um 1,57 Mrd. Euro beziehungsweise 23,7 % geringer aus als in den ersten sechs Monaten 2021. Trotz des schwachen Ergebnisses war dies bei Menge und Wert aber das drittbeste Halbjahresresultat aller Zeiten.

Das Exportminus resultierte nahezu ausschließlich aus der Kaufzurückhaltung Chinas und Hongkongs. Die in die Volksrepublik exportierte Menge an Schweinefleisch brach um gut 1 Mio. t oder 60 % auf nur noch 676.000 t ein. Die stark gestiegene Eigenproduktion sowie die Corona-Lockdowns führten in der ersten Jahreshälfte zu einem geringeren Importbedarf Chinas, den auch andere große Exporteure wie Brasilien oder die USA zu spüren bekamen.

Anderenorts mehr Absatz: Nahezu alle anderen Drittländer kauften jedoch von Januar bis Juni 2022 mehr Schweinefleisch in der EU als in der Vorjahresperiode. So legten die Lieferungen auf die Philippinen um 37 % auf 253.400 t und nach Japan um 45 % auf 246.900 t zu. Die nach Südkorea verschiffte Menge stieg sogar um fast zwei Drittel auf 184.850 t.

Die hohen Preise in den USA und der gestiegene Dollarkurs des Wettbewerbers machten das EU-Schweinefleisch in den asiatischen Ländern erschwinglicher, zumal wegen der geringeren EU-Lieferungen nach China genug Ware vorhanden war. Prozentual legten die Exporte nach Malaysia mit 137 % auf 20.800 t und nach Taiwan mit 127 % auf 51.200 t am stärksten zu. Sehr gut lief aber auch der Absatz in Australien mit einem Zuwachs von 73 % auf fast 90.000 t. In die kriegsgebeutelte Ukraine nahmen die EU-Lieferungen von Schweinefleisch, Würsten, Schlachtnebenerzeugnissen und Fett insgesamt um 59 % auf 58.460 t zu.

Exportprimus Spanien mit Einbußen: Mit Ausnahme einiger nicht besonders exportstarker Länder, darunter Kroatien, Slowenien und Schweden, mussten die Anbieter in fast allen anderen Mitgliedstaaten Rückgänge bei ihrem Drittlandsabsatz von Schweinefleisch hinnehmen. Größter EU-Exporteur von Schweinefleisch blieb Spanien mit 428.920 t; das waren allerdings fast 293.000 t oder

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 53,00 EUR

(05.09.22 – 11.09.22)

Vorwoche: 52,50 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,05 EUR

(31.08.2022)

Vorwoche: 2,05 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

STA
Serviceteam Alsfeld GmbH

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.